

Wolfgang Fritz Haug

## Gibt es totale «hegemoniale Ohnmacht»?

In seinen Überlegungen zur «Bedeutung Gramscis für eine Linke ohne Hegemonie»<sup>1</sup> gibt Dick Boer eine ebenso klare wie an die Wurzel gehende Zustandsbeschreibung der postkommunistischen Situation. Ein Hauptelement seiner theoretischen Grammatik aber verleitet dazu, die «Ordnung der Dinge» und damit die Theorie der möglichen Praxis zu verfehlten. Es ist eine binäre Logik, die in reiner Form nur das Entweder/Oder kennt. Dieser Logik entgehen Übergänge und Überlagerungen, Mehrschichtigkeit und Ungleichzeitigkeiten. Sie lenkt die Aufmerksamkeit nicht auf Kräfteverhältnisse, nicht auf das wechselseitige Ineinanderwirken der Gegensätze. Sie nagelt die Dinge auf einen Zustand fest, dem sie ein Wesen zuordnet. Kurz, sie ist ebenso undialektisch wie unpraktisch. Ich versuche diese Kritik an zwei Beispielen festzumachen:

*Entweder/Oder (I):* «Wie soll eine Linke eine Gegenstrategie entwickeln in Zeiten einer langfristigen Hegemonie jener Kultur, die die Unterdrückten entweder mit Erfolg integriert oder effektiv aus ihrer 'Ordnung der Dinge' ausschließt».

*Entweder/Oder (II):* Unter den gegebenen Umständen müssen die Unterdrückten «ihre Sehnsüchte und Bedürfnisse entweder im Sinne der herrschenden Ordnung artikulieren oder (sie haben) überhaupt nichts zu sagen». Anders gesagt: Die Unterdrückten -- Dick Boer müsste ihnen zugestehen, dass sie ihre eigenen Intellektuellen hervorbringen -- auf tendenziell hegemoniefähige Politik zu orientieren, läuft darauf hinaus, dass sie «entweder am Spiel der öffentlichen Meinungsbildung teilnehmen (wozu sie unfähig sind) oder sich selbst zum Schweigen verurteilen».

Für linke Intellektuelle folgt daraus, es Benjamins Engel der Geschichte gleichzutun: mit aufgespannten Flügeln des Geistes, aber rückwärts, unwiderstehlich vom Sturmwind des «Fortschritts» der Katastrophe entgegengetrieben zu werden, die sich höher und höher türmende Schädelstätte der Fortschrittsopfer vor Augen, mit der letzten Handlungsmöglichkeit, «ohnmächtig aber nicht sprachlos auf die Katastrophe hinzuweisen».

---

<sup>1</sup> In: *Das Argument* 206, 36. Jg., 1994, H. 4/5, 567-74; ebd. die Replik, 575f.

Es mag sein, dass es einmal angesichts der Katastrophe rückblickend so aussieht, als hätten wir längst keine andere Zukunft (bzw. Zukunftslosigkeit) mehr gehabt als diese. Von heute aus wird es aber nicht nur einem Lutheraner so vorkommen, dass der Rückzug der kritischen Intellektuellen auf ein so gedeutetes Vorbild des Geschichtsengels die Heraufkunft der Katastrophe befördern könnte. Wer der Welt mit Entweder/Oder gegenübertritt, heißt es sinngemäß bei Brecht, dem antwortet sie für gewöhnlich mit Weder/Noch. Freilich wird eine Botschaft nicht dadurch widerlegt, dass man auf unangenehme Folgen verweist. Ich glaube aber, dass die inhaltlichen Grundbegriffe Dick Boers Einwände gegen seine These rechtfertigen.

Das theoretisch Neue, das Boer bringt, ist der Begriff *hegemoniale Ohnmacht*. Von ihr meint er, Gramsci mache sich hierüber keine Gedanken. Es kommt aber ganz darauf an, was man darunter versteht. Gramsci analysiert ja gerade bestimmte Formen des Ökonomismus-Fatalismus als Hinwegtröstungen über Situationen der Niederlage und Ohnmacht. Er untersucht, ob es je stimmt, dass die Subalternen gänzlich ihrer geschichtlichen Subjekthaftigkeit verlustig gehen und weist selbst in extremen Grenzsituationen Elemente derselben auf. Er zeigt die ambivalente Wirkung fatalistischer Ideologien, zugleich die Individuen zu stabilisieren *und* die Ansätze zu blockieren, diese Situation zu überschreiten. Boer totalisiert die *hegemoniale Ohnmacht*. Sie wird zu einem epochalen geschichtsphilosophischen Wesen. Wäre dieser Begriff am Ende selbst ein postkommunistisches Tröstungsideal? Was leistet er?

Die gegenwärtige hoffnungslose Lage der kubanischen Revolution wird zum Paradigma, nach dem retrospektiv die gesamte Sozialismusgeschichte seit 1917 gedeutet wird. Die Sowjetunion war objektiv nie mehr als ein Kuba der letzten Tage: «befreites Gebiet», rettungslos umschlossen vom Feind, nicht nur militärisch, sondern vor allem von dessen Überzeugungskraft, die in seiner überlegenen ökonomischen Potenz begründet war.

Um dieses Geschichtsbild zu stützen, definiert Boer die Gramscischen Begriffe um. Gegen idyllische Verklärungen betont er zu Recht, dass Zivilgesellschaft bei Gramsci als analytische Kategorie zu verstehen ist. Aber er behauptet zu Unrecht: «Gegenstand der Analyse ist die Zivilgesellschaft als Form von Klassenherrschaft, deren 'Zivilität' eine der Ausbeutung und des Krieges ist, mehr als alle bisherigen Gesellschaften auf dem Weg, in die absolute Barbarei zu verfallen». Das verfehlt die Widersprüchlichkeit. Aus der Formel integraler Staat = Hegemonie + Zwang (die er nicht erwähnt), macht er: in der Zivilgesellschaft bedeutet «Hegemonie immer die Verinnerlichung einer von außen kommenden Disziplinierung». Das trifft natürlich nur für die Subalternen zu und selbst für sie in vieler Hinsicht nur partiell. Es verkennt völlig die Logik dessen, was ich in den *Elementen einer Theorie des Ideologischen* als *antagonistische Reklamation*

untersucht habe:<sup>2</sup> die Vertikalisierung ideologischer Werte und ihren (nicht kompromisslerisch, sondern semiotisch verstandenen) Kompromisscharakter, der dadurch entsteht, dass die gesellschaftlichen Antagonisten, um überzeugend zu wirken, dieselben Instanzen anrufen, sie als imaginäre Allgemeine behandeln müssen, denen darum, dass sie imaginär sind, nicht die materielle Wirkung abzusprechen ist. Aber eben dies schafft Boer ab in seiner Lehre, die er aus dem Scheitern der Perestrojka zieht: Das Neue Denken war illusionär, indem es um Hegemonie rang. Dies entsprang der Fehleinschätzung der eignen prinzipiellen Hegemonieunfähigkeit und der «Vernünftigkeit» der Gegenseite. «Es lehrt auch, dass es keine Allgemeinheit *über* dieser hegemonialen Kultur gibt, auf welche die Unterdrückten in ihrer Schwäche sich berufen könnten». Merkwürdig, dass ein Theologe so sprechen kann, dessen Gott doch genau als solche «Allgemeinheit *über* dieser hegemonialen Kultur» angerufen wird.

Hegemonie ist nicht als Zustand, sondern als Prozess zu behandeln. Sie bildet keine monolithische Einheit, sondern ein Geschiebe und Gedränge hegemonialer Bestrebungen, durchzogen von Brüchen, Lücken. Nichthegeomonie ist scharf von Dyshegemonie zu unterscheiden: erstere drückt ein ungünstiges Kräfteverhältnis aus, die zweite eine sektiererische Politik, die eine Fremdhegemonie fördert, indem sie eine breite Allianz gegen sich provoziert. Man mag argumentieren, dass es eine Grundstruktur gibt, mit der sich die Eigentumsverhältnisse artikulieren. Empirisch stimmt das zu jedem Augenblick, aber dabei handelt es sich nur um das, was Stuart Hall *tendential alignments* genannt hat, Affinitäten, die eine Tradition und Trägheit aufweisen, aber von der Sache her nicht notwendig, daher auch auf die Dauer auflösbar sind.

Boer ersetzt Gramscis Begriff der Subalternen durch den der Unterdrückten. Ich halte das für einen wenig geeigneten Begriff, weil er zur Illusion eines säuberlichen Auseinanders von Unterdrückern und Unterdrückten verführt. Das Ineinander ist aber gerade das Problem. In seine Kräfteverhältnisse gilt es einzugreifen. Für linke Umgangssprache wirkt dabei wohl meine von Boer zitierte Formulierung absurd, laut Gramsci gelte es, sich im Ringen um die Hegemonie «in den Staat hineinarbeiten». Boer klagt diese Orientierung an, sie laufe darauf hinaus, sich zu Komplizen der Herrschenden und ihrer Hegemonie zu machen. Es ist nicht klar, wie er das meint. Wenn etwa das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer ökologischen Wende gestärkt wird, arbeitet man sich in Gramscis Sinn in den «Staat» hinein. Nicht im umgangssprachlichen Sinn. Gramsci verwendet einen erweiterten Staatsbegriff: wenn gesellschaftliche Gruppen Elemente ideeller Vergesellschaftung bilden, dann

---

<sup>2</sup> «Ideologische Mächte und die antagonistische Reklamation des Gemeinwesens», in: W.F.Haug, *Elemente einer Theorie des Ideologischen*, Hamburg 1993, 77-90.

interpretiert er dies im Sinne seines «integralen Staates» als Hineinarbeiten in diesen, in einen Bereich, wo die politischen Entscheidungen sowohl ihre Ressource als auch ihr Korrektiv finden. Beides können sie nicht auf Dauer ungestraft missachten.